

14.07.2012

Gegen Einführung in der dualen Ausbildung

## DG kämpft gegen das Einheitsstatut

**Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird sich »mit allen juristischen Mitteln« gegen die Einführung eines Einheitsstatuts (»Statut unique«) in der dualen Ausbildung wehren.**

Dies hat Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) am Freitag bei einer Pressekonferenz in Eupen unterstrichen, bei der es um den Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes der DG (ADG) ging. »Wenn das so, wie jetzt geplant, Anwendung finden würde, wäre das der Todesstoß für unser Erfolgsmodell der mittelständischen Ausbildung. Das können wir nicht zulassen«, erklärte Paasch.

Unterdessen zeigte sich ADG-Direktor Robert Nelles mit dem letzten Jahr zufrieden. In den fünf Eifelgemeinden lag die Arbeitslosigkeit im Jahr 2011 unter fünf Prozent.

---

DG wehrt sich gegen die Einführung eines Einheitsstatuts für die duale Ausbildung

### »Das können wir nicht zulassen«



Oliver Paasch: »Wenn das so wie jetzt geplant Anwendung finden würde, wäre dies der Todesstoß für unser Erfolgsmodell der mittelständischen Ausbildung.«

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird sich »mit allen juristischen Mitteln« gegen die Einführung eines Einheitsstatutes (»Statut Unique«) in der dualen Ausbildung wehren. Dies hat Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) am Freitag bei einer Pressekonferenz (siehe Artikel oben) unterstrichen.

### Treffen nächste Woche

Zu dieser Thematik habe es vor einigen Wochen bereits eine interministerielle Konferenz in Brüssel gegeben, bei der sehr kontrovers diskutiert worden sei. Am kommenden Dienstag steht in der Hauptstadt ein weiterer Termin auf dem Programm, bei dem sich die zuständigen Minister des Landes an einen Tisch setzen werden. »Wenn das so wie jetzt geplant Anwendung finden würde, wäre dies der Todesstoß für unser Erfolgsmodell der mittelständischen Ausbildung. Das können wir nicht zulassen«, erklärte Paasch. Das Vorhaben der Föderalregierung besteht darin, alle bestehenden Formen betrieblicher Ausbildung zu harmonisieren und föderal einheitlich zu regeln. Bei diesen Überlegungen

gehe man aber ausschließlich von einem arbeitsrechtlichen Standpunkt aus. Der Auszubildende werde dabei als junger unqualifizierter Arbeitnehmer betrachtet, der Ausbildungsbetrieb als sein Arbeitgeber.

In der DG werde der Auszubildende dagegen nicht als Arbeitnehmer, sondern als ein »Lernender im Betrieb« gesehen. Wichtig seien zunächst einmal nicht die Entlohnung oder die Produktivität, sondern die Qualität seiner Ausbildung und seine sich daraus ergebende zukünftige Beschäftigungs- und Gesellschaftsfähigkeit. Die vom Föderalstaat geplanten Einheitsregelungen machten genau diese Vorteile zunichte und trügen der Situation in der DG keineswegs Rechnung. »Es hat schon etwas Makaberes: Verschiedene Minister aus dem gesamten Land wollen unser System der dualen Ausbildung übernehmen, während es gleichzeitig abgeschafft werden soll«, so Minister Paasch.

### **Teuer und unattraktiv**

Die Ausbildung von Lehrlingen würde durch die Vorschläge massiv verteuert und unattraktiv gemacht. Und wegen der steigenden Kosten würden voraussichtlich viele bislang ausbildungsbereite Betriebe davor zurückschrecken, weiterhin Lehrlinge auszubilden. Andere würden gezwungen, von ihren Lehrlingen anstatt guter Lernleistungen eine viel höhere Produktivität vom ersten Tag an abzuverlangen. (sc)